

## Sicherheit durch Demokratisierung - Nachdenken über eine Strategie und ihre Anpassung

### *Eine tadschikische Perspektive*

In der OSZE, aber auch in der politischen Wissenschaft wird davon ausgegangen, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Festigung demokratischer Grundwerte in einer Gesellschaft und der Sicherheit eines Landes besteht. Demnach gilt auch aus tadschikischer Perspektive, dass jeder Versuch der Umwandlung Tadschikistans in einen totalitären Staat als eine Bedrohung seiner Sicherheit anzusehen wäre. Eine Beschneidung der demokratischen Grundwerte wäre eine direkte Bedrohung der nationalen Sicherheit Tadschikistans.

Die Aufgabe von Sicherheitspolitik ist es, Bedrohungen für die dauerhafte Existenz eines Staates und seiner Gesellschaft abzuwenden. Die politische Sicherheit Tadschikistans hängt von bestimmten Faktoren ab, die zugleich auch die innere Stabilität der Republik bedingen. Der Grad politischer Stabilität wiederum wird vom Gleichgewicht in einem politischen System bestimmt, dem bei aller Modernisierung immer auch eine bestimmte Fähigkeit zur Selbsterhaltung eigen ist. Wird jenes Gleichgewicht gestört, gerät das politische System aus der Balance und die Gesellschaft wird instabil. Unter diesen Gesichtspunkten ist es wichtig, den Prozess der Demokratisierung der tadschikischen Gesellschaft so zu gestalten, dass er die politische Sicherheit des Staates und die Freiheit seiner Bürger nicht gefährdet.

Tadschikistan befindet sich gegenwärtig in einer entscheidenden Phase seiner Staatsformung und Wiedergeburt. Eine der wichtigsten Fragen dabei ist, inwieweit die Tadschiken sich als fähig erweisen, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Mancher mag daran zweifeln, dass es in Tadschikistan jemals eine Demokratie geben wird. Wie immer man dazu stehen mag: Tadschikistan bemüht sich, ein optimales Modell der Demokratisierung seiner gesellschaftlichen Beziehungen zu entwickeln, in dem der Mensch und die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit als die wichtigsten Werte gelten. Die allgemeingültigen demokratischen Grundwerte sind dabei durchaus auf die tadschikische Gesellschaft anwendbar. Allerdings gilt es auch bestimmte spezifische Charakteristika zu beachten.

Dass internationale Organisationen den erreichten Grad an demokratischer Umgestaltung in der tadschikischen Gesellschaft nach westlichen Kriterien messen, halte ich für durchaus akzeptabel. Doch sollten westliche Wissenschaftler und Politiker bedenken, dass die Republik Tadschikistan in ihrem heutigen Zustand noch nicht in der Lage ist, allen diesen Kriterien zu entsprechen. Umso größer ist die Herausforderung für die tadschikischen Wissen-

schaftler und Politiker ein Gesellschaftsmodell zu entwerfen, das einerseits die spezifischen Formen der gesellschaftlicher Beziehungen und Lebensweisen bewahrt, die im tadschikischen Volk traditionell gewachsen sind, und sie andererseits mit den Grundprinzipien der Demokratie verbindet. So sieht der Westen beispielsweise in den Menschenrechten eine natürliche Priorität, die den gesellschaftlichen Rechten übergeordnet ist. Im heutigen Tadschikistan ist das bestenfalls im Wortlaut eines Gesetzes möglich. Im alltäglichen Leben hingegen dürfen wir - gerade im Hinblick auf die Wahrung der Interessen des Individuums - die Interessen der Gesellschaft nicht niedriger als die Menschenrechte ansiedeln. Am ehesten noch kann der Priorität der individuellen Interessen durch eine Transformation der Eigentumsverhältnisse entsprochen werden. Privateigentum und die Entwicklung marktwirtschaftlicher Beziehungen sind jene beiden Faktoren, die auch das gesellschaftliche Bewusstsein in gewissem Maße verändern können.

### *Versuch einer Bilanz*

Merkmale politischer Demokratie sind - in unterschiedlicher Ausprägung - auch in Tadschikistan schon heute wirksam. Obgleich noch viel zu tun bleibt, um den Ansprüchen an eine Demokratie im politischen System des Landes in vollem Umfang gerecht zu werden, soll hier der Versuch unternommen werden, die Wirksamkeit demokratischer Grundprinzipien an der tadschikischen Realität zu messen.

Zunächst zur Problematik der gesellschaftlichen Kontrolle über die Inhaber hoher öffentlicher Ämter bzw. deren Berufung, die so genannte "Kaderpolitik": Hier ist festzuhalten, dass sich die von der Regierung betriebene "Kaderpolitik" außerhalb jeder gesellschaftlichen Kontrolle befindet. Das hat mehrere Ursachen:

- Erstens wurde keine Rechtsgrundlage geschaffen, auf die sich eine solche Kontrolle stützen könnte. Das neue Parlament wurde gerade erst gewählt. Zudem sind seine Kompetenzen, die Regierungsbildung zu beeinflussen, gering. Nach der Verfassung liegen die entsprechenden Befugnisse beim Präsidenten, der Staats- und Regierungsoberhaupt in einer Person ist.
- Zweitens ist in Tadschikistan der Einfluss von Klan-Gruppen und regionalen Interessenträgern noch immer groß. Um ein Kräftegleichgewicht zu gewährleisten und somit destabilisierenden Tendenzen vorzubeugen, muss gerade dieser Tatsache bei der Berufung von Personen in bestimmte Regierungsposten Rechnung getragen werden. Aus diesem Grunde erfordert der Umgang mit dem regionalen Faktor besonderes Fingerspitzengefühl. Es ist jedoch denkbar, dass dieser Faktor in dem

Maße, in dem sich das Parteiensystem in Tadschikistan weiterentwickelt, in den Hintergrund tritt.

- Drittens ist die politische Elite Tadschikistans nicht allzu umfangreich. Folglich sind auch die Möglichkeiten der Auswahl neuer Kandidaten für Regierungsjämter relativ begrenzt.

Ein radikaler Bruch mit der bisherigen Praxis trüge aus all diesen Gründen das Risiko in sich, die politische Lage zu destabilisieren. Andererseits: Solange sich die alte Kaderpolitik nicht ändert, hat die Gesellschaft auch keine Kontrolle über diesen Bereich. Ihr bleibt nur die Hoffnung, dass es in dieser Hinsicht ehrlich und berechenbar zugeht. Noch vollzieht sich jedoch die Kaderberufung viel zu sehr im Schatten der "Machenschaften" hinter den Kulissen.

Nun zur Rolle und zur Stellung politischer Minderheiten: Politische Minderheiten werden in Tadschikistan so gut wie nicht wahrgenommen. In der Praxis können sie sich nur Gehör verschaffen und zu ihrem Recht gelangen, indem sie sich an einflussreiche internationale Organisationen oder ausländische Medien wenden. Dass politische Minderheiten in Tadschikistan Beschränkungen unterliegen, kann ebenso wenig bestritten werden wie der Umstand, dass jene Beschränkungen nicht selten sogar bewusste Politik sind. Selbst die parlamentarische Mehrheit in Tadschikistan, die Anhänger der Politik des Präsidenten und die Fraktion der Volksdemokratischen Partei im Madschlis Oli,<sup>1</sup> ignorieren politische Minderheiten völlig. Manchmal unterstützen sie diese in belanglosen Angelegenheiten, allerdings mit dem vordergründigen Ziel, sich das Image einer demokratischen Partei zuzulegen. Die Anhänger und Mitglieder dieser Partei stellen die Regierungsmehrheit. Der Regierung gehören aber auch Vertreter der politischen Opposition sowie ethnischer Minderheiten an. Das Bemühen, eine Linie aufrechtzuerhalten, die auf die Bewahrung der politischen Balance gerichtet ist und in der sich auch eine positive Tendenz in Richtung demokratischerer Methoden in der Kaderpolitik abzeichnet, ist also nicht zu übersehen.

Das schwächste Glied in der Kette der demokratischen Umgestaltung sind die Medien: Alternative Informationsmedien fehlen bzw. haben nur ein geringes Profil. Obgleich alle Parteien das Recht auf eigene Presseorgane haben und sie dieses Recht auch nutzen, ist der gegenwärtige Zustand der Medienlandschaft Besorgnis erregend, erfordert doch gesellschaftlicher Pluralismus freie, von der Regierung unabhängige Medien. Dieser wichtige Aspekt ist ein Indikator für den Grad an demokratischer Umgestaltung in Tadschikistan. Man kann jedoch damit rechnen, dass sich auch auf diesem Gebiet die Dinge in die richtige Richtung entwickeln werden. Vieles hängt dabei auch vom materiellen und finanziellen Potential ab, das der Gesellschaft zur Verfügung steht.

---

1 Bezeichnung des Unterhauses des Parlaments.

Politische Demokratie beruht auf einem freien Wahlsystem. Die in Tadschikistan gegenwärtig gültigen einschlägigen Gesetze stehen, was Inhalt und Qualität anbelangt, ähnlichen Gesetzen in den Staaten entwickelter Demokratien in nichts nach. Gemeint sind die Gesetze "Über die Wahl des Präsidenten der Republik Tadschikistan" und "Über die Wahlen zum Madschlis Oli". In Bezug auf das Wahlrecht lässt sich konstatieren, dass in Tadschikistan alle Rechtsgarantien für eine Beteiligung der gesamten volljährigen Bevölkerung an den Wahlen geschaffen wurden. Jeder Bürger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, ist unabhängig von Rasse, Nationalität, Religion, Geschlecht oder politischen Überzeugungen mit dem verfassungsmäßigen Recht ausgestattet, an allen Wahlen teilzunehmen.

Das allein reicht aber nicht aus. Wichtig ist vor allem, dass den Prinzipien politischer Demokratie durch das politische System entsprochen wird. Hierfür bedarf es sicher noch einer längeren Entwicklung Tadschikistans. Doch zunächst ist erst einmal von Bedeutung, dass die bereits erreichten demokratischen Normen in der Verfassung verankert sind. Das gewährleistet ihre allmähliche Verwirklichung in dem Maße, in dem demokratisch denkende junge Politiker heranwachsen, die politische Bühne betreten und das Schicksal des Landes bestimmen. Doch gilt es schon heute die Grundlagen für gesellschaftlichen Beziehungen zu legen, die es der tadschikischen Gesellschaft ermöglichen, selbständig das ihr angemessene Modell politischer Demokratie zu entwickeln.

Aus einer solchen auf die Zukunft gerichteten Perspektive kann man durchaus davon sprechen, dass sich Tadschikistan auf den Weg zum Aufbau eines demokratischen, freien Rechtsstaates begeben hat. Noch gibt es in der gegenwärtigen Politik viele Mängel und Versäumnisse, jedoch wirken sich die politischen Reformen bereits positiv auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen aus. Politischer Pluralismus, das Mehrparteiensystem sowie eine sich herausbildende neue politische Elite sprechen bereits für die Existenz demokratiefördernder Faktoren. Sie fanden ihren Niederschlag in Zusätzen und Veränderungen der Verfassung, die durch ein Referendum angenommen wurden, in den oben genannten Gesetzen sowie im Gesetz "Über die politischen Parteien" und gewannen dadurch ein bestimmtes Maß an Konsolidierung. Nicht übersehen werden sollte auch, dass Tadschikistan das einzige Land in der zentralasiatischen Region ist, in dem sich eine islamische Opposition legal betätigen kann. All das wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht und zeugt vom Willen der tadschikischen Gesellschaft, einen demokratischen Staat zu schaffen.

Nach dem schweren Bürgerkrieg liegt dem tadschikischen Volk derzeit die Wiederherstellung von Harmonie in den gesellschaftlichen Beziehungen besonders am Herzen. Dazu gehört auch die Demokratisierung der politischen Prozesse, da sie dazu beiträgt, traditionsgebundene Beziehungen zu transformieren und zu modernisieren. "Die wichtigste Grundbedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung ist politische Stabilität. Doch auch diese hat ihre

Voraussetzungen: die Reformierung der Gesellschaft in gesetzlich geregelten Bahnen und den Erhalt der Fähigkeit der staatlichen Institutionen zur Lenkung des Landes."<sup>2</sup> Dieser These stimmen nicht nur viele Wissenschaftler zu. Sie wird auch durch die Erfahrungen und den Weg bestätigt, den Tadschikistan beim Aufbau von Demokratie beschritten hat. In ihren vorläufigen Schlussfolgerungen zu den Wahlen zum Madschlis Oli hoben die internationalen Wahlbeobachter "die Bedeutung" hervor, welche "die Teilnahme der ehemals verfeindeten und anderer Parteien am Wahlprozess sowie die Tatsache besitzen, dass die erstmals in Tadschikistan durchgeführten Mehrparteiwahlen in einer Atmosphäre verliefen, die frei von Gewaltanwendung war".<sup>3</sup>

Fasst man die Erfolge zusammen, die Tadschikistan im Prozess der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens erreicht hat, so lässt sich Folgendes festhalten:

1. In Tadschikistan bildet sich ein politisches Mehrparteiensystem heraus, das in seinen grundsätzlichen Konturen bereits deutlich umrissen ist.
2. Tadschikistan ist bisher das einzige Land in Zentralasien, in dem eine Partei legal tätig ist, die den politischen Islam repräsentiert. Diese Partei hält sich an die demokratischen Spielregeln des politischen Wettbewerbs.
3. Erstmals in der Geschichte Tadschikistans wurde ein professionelles Parlament gewählt. Die Wahlen beruhten auf einer demokratischen Alternative aus mehreren Parteien.
4. In die Regierung sind die wichtigsten politischen Kräfte des Landes einbezogen.
5. Die Republik beruht auf einer Verfassung, die den demokratischen Grundanforderungen an ein solches Dokument entspricht.
6. Die Tätigkeit von Parteien und Massenorganisationen ist durch die Gesetze "Über die politischen Parteien" und "Über gesellschaftliche Bewegungen" rechtlich abgesichert und geregelt. Gleiches gilt für die verfassungsrechtliche Regelung von Wahlen durch die im Kern demokratischen Gesetze "Über die Wahlen zum Madschlis Oli" und "Über die Wahl des Präsidenten der Republik Tadschikistan".
7. In der Republik sind mehrere Hundert nichtstaatliche Organisationen auf den unterschiedlichsten Gebieten tätig.
8. Die Mitwirkung von Frauen ist durch einen Erlass des Präsidenten gewährleistet, demzufolge in allen Staats- und Führungsorganen Frauen vertreten sein müssen. Dieser Erlass ist im gesamten post-sowjetischen Raum beispiellos.

---

2 V.P Pugačev/A.J. Solov'ev, Vvedenie v politologiju, Moskau 1997, S. 247 (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

3 Kofi Annan, Prodvizenie k stabilnoi demokratii eščë tolko načalos; zitiert nach: Večerny Dušanbe vom 14. April 2000.

Bisher war die Rede von politischen Veränderungen. Doch auch jene in der Wirtschaft tragen demokratischen Charakter und werden gemeinsam mit einflussreichen internationalen Finanzorganisationen verwirklicht. Nach Einschätzung von VN-Generalsekretär Kofi Annan "haben die kürzlich durchgeführten Parlamentswahlen gezeigt: Die Bewegung hin zu einer stabilen Demokratie hat gerade erst begonnen und die internationale Gemeinschaft muss ihre Bemühungen zu weiterer Unterstützung (Tadschikistans, der Verf.) fortsetzen".<sup>4</sup>

Die aufgezeigten Errungenschaften wirken direkt auf die Demokratisierung des politischen Prozesses in Tadschikistan zurück. Diesen betreiben wir aber nicht etwa als einen Wettbewerb, in dem Tadschikistan vor hat, diesen oder jenen einzuholen oder zu überholen. Vielmehr verstehen wir die Demokratie als die fortgeschrittenste Form gesellschaftlicher Beziehungen, die heute in der Welt existiert. Ihre Verwirklichung stößt in Tadschikistan jedoch derzeit noch auf eine Reihe von Hindernissen und Grenzen. Einige ihrer Prinzipien können bereits jetzt eingeführt werden, andere erst in dem Maße, in dem die dafür erforderlichen objektiven und subjektiven Voraussetzungen herangereift sind.

### *Gibt es Grenzen der Demokratie und wo liegen sie?*

Bei der Suche nach einem für Tadschikistan adäquaten Weg ist die Entscheidung darüber wichtig, ob Einschränkungen von Freiheit und Demokratie zulässig sind. Es gibt drei Ebenen von Quellen für derartige Einschränkungen: das Völkerrecht, außenpolitische Bedrohungsszenarien und schließlich die innenpolitische Spezifik der Entwicklung Tadschikistans.

Auf der ersten Ebene legen die gültigen internationalen Normen sowie diejenigen internationalen Übereinkommen und Verträge, denen sich Tadschikistan angeschlossen hat, die Grenzen möglicher Beschränkungen innerhalb des tadschikischen Staates fest. Dazu gehören u.a.: die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, die KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, das Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE aus dem Jahre 1990, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 sowie die (Europäische) Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950. Tadschikistan erkennt diese Dokumente sowohl für seine innerstaatlichen als auch außenpolitischen Handlungsweisen als verbindlich an. Diese Dokumente enthalten die in demokratischen Staaten verbindlichen Bürgerrechte. Sie enthalten aber auch Einschränkungen. So heißt es beispielsweise in Artikel 29 Absatz 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: "Jeder Mensch ist in Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zwecke

---

4 Ebenda.

vorsieht, um die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten der anderen zu gewährleisten und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und der allgemeinen Wohlfahrt in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen."<sup>5</sup> Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte präzisiert in Artikel 19 Absatz 3: "Die Ausübung der in Absatz 2 vorgesehenen Rechte ist mit besonderen Pflichten und einer besonderen Verantwortung verbunden. Sie kann daher bestimmten, gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die erforderlich sind a) für die Achtung der Rechte oder des Rufes anderer; b) für den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sittlichkeit."<sup>6</sup> Ähnliche Einschränkungen sehen auch die (Europäische) Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, das Kopenhagener Dokument und andere vor.

Die erste Ebene völkerrechtlich zulässiger und mit den Verpflichtungen Tadschikistans in Einklang stehender Beschränkungen beinhaltet folglich: a) Beschränkungen, die sich auf die Rechte und Freiheiten der Bürger beziehen, und b) Beschränkungen, die mit der Gefährdung staatlicher Sicherheit und dem Schutz der öffentlichen Ordnung und Moral verbunden sind.

Diejenigen Beschränkungen, welche die gegenwärtig in Tadschikistan gültigen Gesetze vorsehen, widersprechen seinen internationalen Verpflichtungen nicht.

Die zweite Ebene von Beschränkungen leitet sich aus außenpolitischen Bedrohungen her, die sich aus dem internationalen System, vom dem Tadschikistan ein Teil ist, ergeben: aus dem Grad des regionalen Konfliktpotentials, der Anzahl seiner Nachbarn sowie aus bestehenden Allianzen. Zentralasien zeichnet sich durch ein hohes Konfliktpotential aus, von dem Bedrohungen für die Sicherheit ausgehen. Nach dem Zerfall der UdSSR blieben zahlreiche Probleme offen, welche die territoriale Abgrenzung der Staaten, die Wasserversorgung und die Nutzung natürlicher Ressourcen betreffen. Nachdem die zentralasiatischen Staaten unabhängig geworden waren, potenzierten sich all diese Probleme aufgrund ihrer Verflechtung mit Prozessen nationaler Bewusstseinsbildung. Jeder Versuch, heute über Grenzen zu reden, wird von der Bevölkerung als feindlicher Akt und Anschlag auf ihre Souveränität aufgefasst. Mit ihrer Politik gegenüber Tadschikistan können andere Staaten die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes sowohl positiv als auch negativ beeinflussen.

Die dritte Ebene von Beschränkungen ergibt sich aus der Spezifik der innenpolitischen Entwicklung Tadschikistans. Zunächst soll ein Blick auf die gesetzlichen Beschränkungen geworfen werden, die die Verfassung sowie ein-

---

5 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, verkündet in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, in: Albrecht Randelzhofer (Hrsg.), Völkerrechtliche Verträge. Textausgabe, 8., neubearbeitete Auflage, Berlin 1999, S. 125-130, hier: S.129-130.

6 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 19. Dezember 1966, in: ebenda, S. 175-190, hier: S. 181.

schlägige Gesetze enthalten und die auf die Demokratisierung der politischen Prozesse zurückwirken.

Die Verfassung bestimmt in Artikel 1 die Republik Tadschikistan als "souveränen, demokratischen, säkularen, unitaren Rechtsstaat".<sup>7</sup> Die rechtsverbindliche Fixierung des demokratischen Grundgefüges des Staates ist wichtig, weil damit dem Völkerrecht und den Zielen der tadschikischen Gesellschaft entsprochen wird. In Artikel 100 des Grundgesetzes ist festgehalten, dass "die demokratische Regierungsform, die territoriale Integrität, das demokratische, rechtsstaatliche, säkulare und soziale Wesen des Staates unveränderlich sind".<sup>8</sup> Das heißt, dass die Demokratisierung der politischen Prozesse in Tadschikistan ein verfassungsmäßig verankertes Staatsziel ist. Dementsprechend gewährleisten die Gesetze den Bürgern die völkerrechtlich üblichen Rechte auf wirtschaftliche, politische und geistige Freiheit. Gleichzeitig beschränkt die Verfassung Rechte und Freiheiten der Bürger ausschließlich mit dem Ziel, anderen Bürgern ihre Rechte und Freiheiten zu gewährleisten, die öffentliche Ordnung und die Verfassungsordnung sowie die territoriale Integrität zu bewahren. Auch verbietet sie Kriegspropaganda, Rassismus und Nationalismus.<sup>9</sup> Zweckgebundene Einschränkungen der Rechte und Freiheiten der Bürger sieht die Verfassung als zeitlich begrenzte Maßnahme im Falle der Verhängung des Ausnahmezustandes vor. Gleichzeitig sieht Artikel 47 der Verfassung vor, dass auch "unter dem Ausnahmezustand die in den Artikeln 16, 17, 18, 20, 22, 25, 28 der Verfassung enthaltenen Rechte und Freiheiten keiner Einschränkung unterzogen werden dürfen".<sup>10</sup> Dies steht nicht im Widerspruch zu internationalen Rechtsnormen.

Das neue Gesetz "Über die Wahlen zum Madschlis Oli" sieht eine Reihe von Beschränkungen für die Kandidatur einzelner Personen für gesetzgebende Organe vor. Artikel 33 präzisiert die Kategorien von Bürgern, denen das Recht auf eine Kandidatur zum Parlament verwehrt ist:

- "Bürger, die den in der Verfassung und dem vorliegenden Gesetz bestimmten Anforderungen nicht entsprechen;<sup>11</sup>
- Bürger, denen gerichtlich ihre Handlungsfähigkeit abgesprochen wurde oder die sich auf Gerichtsbeschluss in Vollzugsanstalten oder geschlossenen medizinischen Anstalten befinden;
- Bürger, die sich im aktiven Militärdienst befinden, Soldaten, Fähnriche, Personal der Streitkräfte, des Ministeriums der Sicherheit, des Ministeriums des Inneren, des Ministeriums für außerordentliche Situationen sowie der Präsidentengarde, die nicht bereits im Ruhestand sind;

---

7 Konstitucija Respubliki Tažikistan, Duschanbe 1994, S. 3.

8 Ebenda, S. 25.

9 Vgl. ebenda, Artikel 11, 14, 23, 35 u.a.

10 Ebenda, S. 9.

11 Die hier angesprochenen Beschränkungen beziehen sich auf Alter und andere Persönlichkeitsvoraussetzungen für die Wahlberechtigung (Anm. des Übersetzers).

- Berufsfunktionäre religiöser Organisationen und Vereinigungen, die in diesen einen aktiven Posten ausüben."<sup>12</sup>

Sicherlich: In dieser oder jener Hinsicht verletzen diese Beschränkungen auch Menschenrechte. Doch die Spezifik der Entwicklung Tadschikistans, die Gewährleistung der Sicherheit aller Kandidaten und ihrer Chancengleichheit machen sie notwendig. Das liegt vor allem darin begründet, dass im Verlaufe des Bürgerkrieges Militärkommandeure erheblich an Einfluss gewonnen haben, die nun danach trachten, die politische Entwicklung des Landes mitzubestimmen. Hätte ihnen das Gesetz dies erlaubt, dann wären die zivile Bevölkerung, die intellektuelle Elite und andere Gefahr gelaufen, in der Wahrnehmung ihres konstitutionell verankerten Rechts auf freie Kandidatur bei den Wahlen eingeschränkt zu werden. Mit Hilfe der angeführten Beschränkungen jedoch gelingt es der *zivilen* politischen Führung des Landes, die Streitkräfte sowie die Rechtsdurchsetzungs- und Sicherheitsorgane unter Kontrolle zu halten. Somit erweisen sich diese Beschränkungen für die Entwicklung des Demokratisierungsprozesses in Tadschikistan als wichtig.

#### *Die Dialektik von Demokratisierung, gesellschaftlicher Stabilität und Sicherheit*

Die Beschränkungen der dritten Ebene stehen in ursächlichem Zusammenhang mit dem Staatsaufbau, dem Parteiensystem und dem Konfliktniveau, die in einer Gesellschaft vorherrschen. Doch die Stärke eines Staates bestimmen nicht nur objektive Faktoren. Untersucht man die die Entwicklung des politischen Systems Tadschikistans determinierenden Faktoren, so gilt es unbedingt auch die subjektiven Faktoren in Betracht zu ziehen. Hierbei ist das Problem der unterschiedlichen Interessen verschiedener sozialer Ebenen zu beleuchten: gesamtgesellschaftliche Interessen, staatliche Interessen, die Interessen der Regierung, regionale, Gruppen- und individuelle Interessen.

Die gesamtgesellschaftlichen Interessen kommen in dem Wunsch aller Tadschiken nach der Festigung von Stabilität, nach Verhütung neuer bewaffneter Konflikte, Überwindung der Armut, wirtschaftlichem Wohlstand und nach der Verwirklichung des Prinzips sozialer Gerechtigkeit zum Ausdruck. Gesamtgesellschaftliche Interessen reflektieren folglich die übergreifenden Bedürfnisse aller Gesellschaftsschichten.

Die staatlichen Interessen sind ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Interessen, die sich in Prinzipien wie Bewahrung von Integrität und Einheit des Landes, politische und wirtschaftliche Stabilität, Wahrung der geopolitischen Interessen, der Kultur und der Interessen der tadschikischen Minderheiten jenseits der Landesgrenzen widerspiegeln. Bei alledem gilt es jedoch in Betracht zu ziehen, dass in Gesellschaften mit hohem Konfliktpotential die Be-

---

12 Gesetz "Über die Wahlen zum Madschlis Oli", Duschanbe 1999, S. 72-73.

rechtiung eines Staates zur "Vertretung gesamtgesellschaftlicher Interessen auf der internationalen Ebene noch nicht bedeutet, dass dieser Staat auch wirklich die inneren Interessen der gesamten Gesellschaft repräsentiert".<sup>13</sup> Politischen Pluralismus macht in der heutigen tadschikischen Gesellschaft das Wirken politischer Parteien aus, die sich an ganz unterschiedlichen Werten orientieren: an demokratischen, kommunistischen und islamischen. Nicht immer sehen diese Parteien im Staat den Verteidiger ihrer Interessen. Das betrifft seine Innen- und Außenpolitik und bestätigt, dass Parteien und Staat in ihren Interessen auseinander klaffen, gesamtgesellschaftliche und staatliche Interessen sich voneinander unterscheiden können.

Das Interesse der Regierung besteht in der Verwirklichung sozial-ökonomischer Programme und Reformen, in der Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung sowie im Schutz ihrer eigenen korporativen Interessen. In Tadschikistan spiegelt die Interessenlage der Regierung nicht immer und nicht in vollem Umfang die Interessen des Staates wider. In ihrer Tätigkeit hängt die Regierung weitgehend von subjektiven Faktoren ab.

Als Institution des Staates versucht die Regierung staatliche Interessen wahrzunehmen. Gelingt ihr das, wird der Staat gestärkt. Misslingt es ihr, wird er geschwächt.

Regionale Interessen kommen bei der Verteidigung der sozial-ökonomischen Interessen *einer* Region zum tragen. Sie drücken sich aus im Bestreben, regionale Eliten zu rekrutieren und die "eigenen" Leute als "Lobbyisten" örtlicher Interessen in zentrale Staatsorgane zu bugsieren. Bei einer föderalen Staatsstruktur kann das bis zu antagonistischen Widersprüchen zwischen dem Zentrum und den Regionen führen, die dann z.B. in gewaltsame Auseinandersetzungen oder Widerstand gegen die Zentralmacht münden können. Als Beispiel sei hier nur auf das Verhältnis Russlands zu Tschetschenien oder zu Tatarstan und anderen Subjekten der Russischen Föderation verwiesen.

Obgleich ein Einheitsstaat, bleibt auch für Tadschikistan die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen dem Zentrum und den Regionen ein höchst aktuelles Thema. Regionale Interessen müssen daher bei der Regierungsbildung und in anderen staatlichen Institutionen berücksichtigt werden. Während des Bürgerkriegs kam es 1993/1994 beispielsweise dadurch zu kritischen Situationen, dass regionale Elitenführer in Gorno-Badachschan und Leninabad separatistische Ziele verfolgten und versuchten, ihre Gebiete aus dem tadschikischen Staatsverband herauszulösen, womit sie den Staat in seiner Existenz bedrohten. Einige der Ursachen solcher Tendenzen sind sicherlich in dem niedrigen Niveau politischen Verantwortungsbewusstseins und politischer Kultur zu suchen.

In das Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen spielen auch Gruppeninteressen hinein, die sich auf die Befriedigung von Interessen einzelner Klans sowie von wirtschaftlichen und finanziellen Partikularinteressen richten. Um

---

13 A.D. Voskresenski, *Rossija i Kitai: teorija i istorija mežgosudarstvennych otnošenii*, Moskau 1999, S. 133.

auf die Staatsmacht einzuwirken, reklamieren bestimmte Gruppen für sich eine gesamtgesellschaftliche, staatliche und regionale Interessenvertretung. Obgleich das einerseits positiv sein kann, können solche Gruppeninteressen andererseits aber auch bis zur Zerstörung des politischen Systems mobilisiert werden. Als während der Parlamentswahlen Anfang dieses Jahres Kandidaten, welche die Interessen einiger Gruppen von Militärführern vertraten, dazu übergingen, ihre Konkurrenten zu bedrohen, zu erpressen und zu ermorden, stellten sie sich klar gegen die Interessen des Staates und die Zentrale Wahlkommission sah sich gezwungen ihre Kandidatur auszusetzen.

Die individuellen Interessen sind veränderbare, konjunkturelle Charakteristika der politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Elite Tadschikistans. Die Elite trifft wichtige, die Entwicklung eines Landes steuernde Entscheidungen. Staatsführer prägen die Außen- und Innenpolitik eines Landes und treten im Namen des Volkes auf. Deshalb sind die persönlichen Eigenschaften, Überzeugungen, Werte und Erfahrungen der Angehörigen der Elite von besonderem Gewicht.

Nachdem die Vielfalt von Interessen aufgezeigt wurde, die es bei der Bewahrung des Gleichgewichts in der tadschikischen Gesellschaft auf den unterschiedlichen Ebenen zu berücksichtigen gilt, lassen sich daraus die Kriterien ableiten, nach denen eine Bedrohung der Demokratisierung des politischen Prozesses und damit der Stabilität der Republik sowie der politischen Sicherheit Tadschikistans vorliegt. Als Bedrohung der nationalen Sicherheit können gelten: die Wiederherstellung eines politischen Einparteiensystems und die Abschaffung von mehr als zwei Parteien, die Behinderung oder das Verbot freier demokratischer Wahlen, das Auftreten von politischem Separatismus, der auf die Beseitigung der territorialen Integrität und der Einheit des Staates gerichtet ist, die Verweigerung des Zugangs zu alternativen Informationsquellen sowie die Nichtunterordnung der Streitkräfte, der Einheiten der Ministerien des Inneren, der Sicherheit und anderer militärischer Strukturen unter die zivile Staatsführung.

Wenn Politiker diese Kriterien begreifen und in ihr politisches Kalkül einbeziehen, hilft ihnen das, realistische Wege zum Interessenausgleich innerhalb der Gesellschaft und somit zu deren innerer Stabilität und politischer Sicherheit zu finden.

In diesem Lichte stellen sich auch bestimmte Einschränkungen von Demokratie und Freiheiten als notwendig für den Erhalt jenes Niveaus an Freiheit dar, das in der tadschikischen Gesellschaft heute bereits erreicht ist. Somit schält sich in der Frage der Einschränkungen als wichtigster Aspekt heraus, dem Staat die Fähigkeit zu erhalten, jene demokratischen Rechte und Freiheiten zu garantieren, die in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung der politischen Prozesse in Tadschikistan bereits vorhanden sind. Dass es dazu wiederum erforderlich ist, Rechte und Freiheiten zu beschränken, ist ein deutlicher Hinweis auf das Vorhandensein echter, realer Mängel in der politischen Ordnung und in der Rechtsordnung. Die Tatsache jedoch, dass wir auf

diese Mängel offen aufmerksam machen und sie zu überwinden trachten, belegt, wie ernst es dem tadschikischen Volk mit der Absicht ist, einen demokratischen Rechtsstaat zu schaffen.

Die Welt von heute ist dabei, sich ihren neuen Interdependenzen zu stellen. Das geschieht durch das Prisma von Globalisierungskonzeptionen. Globalisierung schafft aber auch bestimmte Probleme und Gefahren, insbesondere für jene Staaten, die erst am Anfang ihrer Erfahrungen im Umgang mit Unabhängigkeit und Souveränität stehen. Darauf verwies auch VN-Generalsekretär Kofi Annan, als er feststellte, dass "Kriminalität, Drogen, Terrorismus, Umweltverschmutzung, Krankheiten, Waffen, Flüchtlinge, Migranten sich als Ströme schneller und in größerem Umfang als bisher bewegen".<sup>14</sup> Diesen neuen Bedrohungen schenkt auch Präsident Rachmonow große Aufmerksamkeit. Er verweist darauf, dass sie nicht ausschließlich regionalen Charakter tragen, sondern auch auf viele andere Staaten zurückwirken. Auch unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit diesen Problemen erlaubt es die Stärkung des Staates, die erforderlichen Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

In der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des tadschikischen Staates besteht eine der Aufgaben darin, der Bevölkerung die positiven Aspekte einer demokratischen Entwicklung zu verdeutlichen und ihr Bewusstsein für die Werte der Demokratie zu erschließen. Inwieweit und wie schnell die demokratischen Werte in der Republik sozial-psychologisch verinnerlicht werden, hängt nicht unwesentlich von der politischen Kultur der tadschikischen Politiker und der intellektuellen Elite ab. Bewähren sich die demokratischen Umgestaltungen und führen zu positiven Ergebnissen, so wird das auch die Aussichten auf ihre Akzeptanz in der *gesamten* Bevölkerung verbessern. Natürlich spielen dabei die innenpolitischen Faktoren, welche die Demokratisierung der politischen Prozesse fördern, die ausschlaggebende Rolle. Andererseits können auch äußere Faktoren diesen Prozess stimulieren. Wie wirksam sie werden können, hängt weitgehend von der Offenheit der tadschikischen Gesellschaft gegenüber der internationalen Gemeinschaft ab. Je mehr Tadschikistan in deren demokratische Strukturen einbezogen wird, desto geringer sind die Möglichkeiten des Landes, das Rahmenwerk demokratischer Prinzipien für das politische Wohl der Gesellschaft zu verlassen. Doch hier gibt es auch eine umgekehrte Logik: Die Offenheit der tadschikischen Gesellschaft hängt auch vom Einfluss und der Autorität der internationalen Organisationen ab sowie vom Grad der Bereitschaft der tadschikischen Behörden, sich zivilisierten Methoden der Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung zu öffnen. So sind also für die Perspektiven der Demokratisierung der tadschikischen Gesellschaft sowohl innere als auch äußere Faktoren ausschlaggebend.

Letztendlich aber wird die Demokratisierung Tadschikistans vom Verlauf der wirtschaftlichen Reformen und den Erfolgen des Landes entschieden. Derjenige Staat, dem es innerhalb einer überschaubaren Frist gelingt, die Arbeits-

---

14 Annan, a.a.O. (Anm. 3).

losigkeit zu verringern, eine gerechte Politik bei der Privatisierung von Eigentum durchzusetzen und das Niveau der materiellen Sicherheit der Gesellschaft anzuheben, kann mit einer positiven Einstellung der Bevölkerung ihm gegenüber rechnen. Gelingt dies dem jetzigen Staat nicht, steht der Rückfall in eine kommunistische oder islamische Ordnung ins Haus. Es liegt beim Erfolg der Wirtschaftsreformen und beim Verhalten der gegenwärtigen politischen Elite des Landes, wohin Tadschikistan sich schließlich wendet.